



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

September/Oktober 2008

Liebe Leserinnen und Leser,



In diesem August erreichten uns schockierende Bilder und Nachrichten: Im Kaukasus kam es zum Krieg zwischen Russland und Georgien. Der Europäische Rat trat daher am 01.09.2008 zu einer Sondersitzung zusammen. Man beschloss u.a. dem georgischen Volk beim Wiederaufbau Unterstützung zukommen zu lassen. Mit dieser Aufgabe ist nun die EU-Haushaltsbehörde, also direkt der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments betraut. In meiner Funktion als Vorsitzender des Haushaltsausschusses traf ich daher am 02.09.2008 mit dem georgischen Ministerpräsidenten Lado Gurgensidze zusammen. Ich teilte dem Ministerpräsidenten mit, dass alle weiteren Schritte der EU auf Grundlage der Schlussfolgerungen des EU-Rates vom 01.09.2008 zu treffen seien. Dies beinhaltet die Wiederaufbauhilfe für Georgien und alle nötigen Sofortmaßnahmen um der Zivilbevölkerung möglichst schnell und unbürokratisch zu helfen.

Damit folgt das Europäische Parlament dem Kompromiss, der besonders der umsichtigen Verhandlungsführung des französischen Präsidenten Sarkozy und unserer Bundeskanzlerin Dr. Merkel bei den Gipfelverhandlungen zu verdanken ist. Das Abschlussdokument des Rates beinhaltet einen Sechspunkte-Plan und ist ein Zeichen dafür, dass die EU versucht in dieser wichtigen Angelegenheit mit einer Stimme zu sprechen. Die Kernforderungen des Sechspunkte-Plans: Kein Rückgriff auf Gewalt zwischen den Protagonisten, Einstellung der Feindseligkeiten, Gewährung freien Zugangs für humanitäre Hilfe, Rückzug der georgischen Streitkräfte auf ihre üblichen Stationierungsorte, Rückzug der russischen Streitkräfte auf die Linien vor Beginn der Feindseligkeiten in Südossetien und Eröffnung internationaler Diskussionen über die Modalitäten der Sicherheit und Stabilität in Abchasien und Südossetien. Das Ergebnis dieses Gipfels ist also ein realistischer Kompromiss zwischen weitergehenden Forderungen einiger EU-Mitgliedstaaten und einer Position, die die Umsetzung des Sechspunkte-Plans zunächst in den Vordergrund stellt.

Ihr Reimer Böge



Bild:

"Georgiens Premierminister Lado Gurguidse, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Saryusz-Wolski und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Reimer Böge besprechen die EU-Hilfe für Georgien",
02.09.2008
(Foto: Büro Böge)

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Neufassung der Abfallrahmenrichtlinie

Die Abfallrahmenrichtlinie soll geändert werden. Wie Karl-Heinz Florenz (CDU) erläutert, wird dabei der Schwerpunkt auf die Umweltauswirkungen der Abfallerzeugung und -bewirtschaftung gesetzt. Ein wesentliches Ziel besteht in der Reduzierung von Abfällen und der Durchsetzung einer Abfallhierarchie. Die Verbrennung soll als Verwertung eingeführt werden, sofern sie einen gewissen Energieeffizienzstandard aufweist. Zudem soll das Ziel festgeschrieben werden, mindestens 50 Prozent aller privaten Abfälle bis zum Jahr 2020 einem Recyclingprozess zuzuführen. Die Recyclingquote für Industrieabfälle soll 70 Prozent betragen. Bis 2015 sollen alle EU-Staaten separate Abfallsammelmechanismen für Papier, Metall, Glas und Plastik einrichten.

Gemeinsame Standards zur Rückführung illegaler Einwanderer

Die Rückführung illegaler Einwanderer soll künftig EU-weit nach gemeinsamen Standards erfolgen. Erstmals stimmte das Europäische Parlament damit im Mitentscheidungsverfahren über einen Richtlinienentwurf in der Einwanderungspolitik ab. Zuvor hatten sich Rat und Parlament auf gemeinsame Standards zur Rückführung illegaler Einwanderung geeinigt. Sie sollen künftig nach 6, spätestens aber nach 18 Monaten abgeschoben werden.

Der Berichterstatter des Europaparlaments und innenpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Manfred Weber (CSU) wertete dies als „ersten wichtigen Schritt hin zu einer europäischen Migrationspolitik“. Europa mache mit der Rückführungsrichtlinie deutlich, dass illegale Einwanderer nicht geduldet werden, und auch nicht über andere EU-Staaten nach Deutschland einreisen können. Zugleich wird damit verhindert, dass illegale Einwanderer zeitlich unbegrenzt festgehalten werden können. „In einem Europa der offenen Grenzen muss die Frage des Umgangs mit illegalen Einwanderern gemeinsam geregelt werden. Es nützt nichts, wenn wir in Deutschland strenge Regeln haben, diese in unseren Nachbarländern aber nicht gelten“, so Weber.



Bild: In Vielfalt geeint: Die Fahnen der EU-Mitgliedstaaten vor dem Plenarsaal in Straßburg

(Foto: EVP-ED Fraktion)

Die Beratungen der Bodenschutzrichtlinie sollen wieder aufgenommen werden.

Das hat eine Vertreterin der franz. Ratspräsidentschaft am 8. Juli 2008 im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bekannt gegeben. Nach dem Programm der Ratspräsidentschaft könnte bereits während der Sitzung des Umweltrates am 20. Oktober 2008 eine politische Einigung herbeigeführt werden. Im Dezember 2007 ist der gemeinsame Standpunkt des Rates an der ablehnenden Haltung Deutschlands, Frankreichs, Österreichs, der Niederlande und Großbritanniens gescheitert.

Für die Kommunen ist der Vorschlag hochgradig relevant. Denn als konkrete Maßnahmen zur Umsetzung auf kommunaler Ebene wurde in dem ursprünglichen Entwurf u.a. genannt:

- Erstellung eines Konzepts gegen die Versiegelung der Böden zur Gewährleistung einer rationelleren Landnutzung (u.a. die Sanierung von Brachflächen zur Begrenzung der Baulanderschließung auf der grünen Wiese)
- nationale Maßnahmenpläne zur Verbesserung des Bodenschutzes
- Aufstellung von Verzeichnissen und darauf aufbauend von Sanierungsplänen für Standorte mit verunreinigten Böden.

Für den neuen Entwurf des Rates sollte der mit 2/3-Mehrheit beschlossene Bericht des Europäischen Parlaments als Orientierung dienen. Dieser verschlankt und flexibilisiert den Kommissionsvorschlag, so dass den Mitgliedstaaten mehr Spielraum verbleibt und bestehende nationale Bodenschutzsysteme darunter gefasst werden können. Der neue Entwurf des Rates stößt in der deutschen CDU/CSU Gruppe im Europaparlament auf einhellige Ablehnung und Kritik. Hartmut Nassauer (CDU) betont: "Bodenschutz ist eine hoch bedeutsame, aber keine europäische Aufgabe. Grenzüberschreitende Wirkungen, die eine europäische Gesetzgebung rechtfertigen würden, gehen vom Boden nicht aus". Bodenschutz, so der einhellige Tenor in der CDU/CSU-Gruppe fällt in die ungeteilte Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Alles andere würde dem Gebot der Subsidiarität fundamental widersprechen.

Handykosten international

Die Kommission will der Goldgräbermentalität der Mobilfunkanbieter ein Ende setzen. Sowohl für innerstaatliche Handytelefonate als auch für innereuropäische SMS-Mitteilungen sollen den Mobilfunkanbietern europaweit Obergrenzen für die Preisgestaltung vorgegeben werden. Und schließlich soll auch gegen die Abzocke bei den Klingeltönen eingeschritten werden.



Bild: Immer auf dem neustem Stand der Technik: Mobiltelefone in der der EU - Ihre Benutzung wir jetzt günstiger!

SMS – Mitteilungen

Die Kosten für grenzüberschreitende SMS sollen ab 2009 drastisch gesenkt werden, von derzeit durchschnittlich 29 auf 12 Cent. In der EU werden von Touristen und Geschäftsleuten jährlich 2,5 Milliarden SMS-Nachrichten und andere mobile Datendienste über die nationalen Grenzen hinweg gesendet. Nach Feststellungen der Kommission zahlt ein schwedischer Tourist in Spanien für eine in die Heimat geschickte SMS 40 Cent, ein deutscher 41, ein polnischer 45 und ein Engländer sogar 63 Cent. Damit sind grenzüberschreitende SMS, sog. Roaming-SMS, um ein vielfaches teurer als im Inland versandte Textnachrichten; so werden in Deutschland für Inland-SMS im Durchschnitt 19 Cent fällig. Die Kommission will daher mit gesetzlichen Maßnahmen der „Abzocke“ ein Ende bereiten. Darüber hinaus will sie auch den „Preisschocks“ ein Ende setzen, die Roaming-Kunden beim Erhalt ihrer Handy-Rechnung erleben können, wenn sie über eine mobile Verbindung im Internet gesurft sind. Mit Gesetzesvorschlägen der Kommission an das Parlament und den Rat wird für den Frühherbst gerechnet.

Lebensmittelkontrollen

Das EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel funktioniert. 2006 wurden über 7.300 Meldungen an das EU-Schnellwarnsystem geschickt. Das waren so viele, wie nie zuvor. Das Schnellwarnsystem ist ein Instrument zum raschen und effektiven Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, wenn in der Handelskette für Lebens- oder Futtermittel Risiken für die menschliche Gesundheit festgestellt werden.

Pressemitteilungen:

1.) Böge fordert Kommission zur Einhaltung des Haushaltsrechts auf

Reimer Böge, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, fordert die EU-Kommission auf, Geist und Inhalt der 2006 beschlossenen Interinstitutionelle Vereinbarung (IIV) zur mehrjährigen Finanzplanung 2007-2013 und der Haushaltsordnung (HO) strikt einzuhalten.

Hintergrund dieser Forderung sind Pläne der Kommission mittels einer neuen Verordnung ca. 1 Milliarde Euro nicht verbrauchter Mittel der Haushaltjahre 2008/09 aus der Haushaltskategorie Nr. II "Landwirtschaft und ländliche Entwicklung" für Agrarbeihilfen für Entwicklungsländer aufzuwenden. "Was hier stattfindet sind mehr als Taschenspielertricks. Es ist ganz eindeutig ein Bruch der IIV und eine Verletzung von Artikel 21 der HO", so Böge. "Wenn man den Entwicklungsländern unter die Arme greifen möchte, muss dies aus dem Europäischen Entwicklungsfond (EEF) bzw. aus

der Haushaltskategorie Nr. IV " Die EU als globaler Akteur" finanziert werden. Dort befinden sich die entwicklungspolitischen Instrumente des EU-Haushaltes".

"Mit dem Hereinschmuggeln einer neuen Verordnung in den Agrarhaushalt will die Kommission Geist und Inhalt des Haushaltsrechts umgehen. Die Artikel 21-23 der IIV bieten alle notwendigen Möglichkeiten, um auf unvorhergesehene Ereignisse angemessen zu reagieren: Nämlich durch Umschichtung innerhalb der Haushaltskapitel, durch Umschichtungen zwischen Haushaltskapiteln, oder durch ergänzende Finanzierungen", so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses.

"Wir sind bereit über alle Möglichkeiten zur Finanzierung der neuen Herausforderungen in der Entwicklungspolitik, der Klimapolitik, und der Außen- und Sicherheitspolitik schnell und angemessen zu verhandeln - aber das Recht muss eingehalten werden." Gleichzeitig forderte Böge eine eingehende Analyse der chronisch unterfinanzierten Haushaltsbereiche, z.B. der Außen- und Sicherheitspolitik und eine genauen Bewertung der bisherigen Prioritäten. "Fakt ist, dass die europäische Entwicklungspolitik durchaus Grund für kritisches Nachfragen bietet", so Böge. "Von 77 AKP-Staaten die zwischen 2007-2013 22,6 Milliarden Euro erhalten, haben nur 28 landwirtschaftliche Entwicklung und Lebensmittelsicherheit als einen prioritären Bereich festgelegt.

Weiter entsprechen von den für Lateinamerika und Asien im europäischen Haushalt eingeplanten Mitteln nur 4,6% den Bereichen der Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit. Dass nun die neuen Mittel im Wesentlichen über die Vereinten Nationen und die Weltbank abgewickelt werden sollen, beunruhigt das Europäische Parlament zusätzlich, weil wir keinen ausreichenden Zugang zur Rechnungslegung und Überprüfung dieser Mittel haben", so Reimer Böge weiter. Überhaupt kein Verständnis hat Böge für die Kommissarin Fischer-Boel. "Fischer-Boel lehnt die Einrichtung eines Milchfonds als Begleitmaßnahme zum Ausstieg aus der Quote, unter Hinweis auf Haushaltsrecht und Finanzierung, ab. Gleichzeitig hat sie aber offenkundig keine Hemmungen Haushaltsvereinbarungen zu brechen", kritisiert Böge anschließend.

2.) Reimer Böge fordert Festhalten am Lissabonvertrag

Anlässlich des Ergebnisses der Volksabstimmung zum Lissabonvertrag in Irland fordert der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge alle Beteiligten zu einem pragmatischen und konsequenten Umgang mit dem Ergebnis auf. Auf dem 33. Holzhandelstag in Lübeck erklärte er dazu weiter:

„Ein neuerlicher Rückfall in Passivität und eine Reflektionsphase nach den über siebenjährigen Verhandlungen und Bemühungen darf sich nicht wiederholen. Der Reformvertrag soll die Union neu begründen und alle alten Verträge ablösen. Er ist auch Basis dafür, dass die Europäische Union der Bürger und Staaten nach Innen wie nach Außen handlungsfähiger wird. Nur auf dieser neuen Geschäftsgrundlage vermag Europa sich den Anforderungen der Globalisierung zu stellen. Reimer Böge wies darauf hin, dass schon 17 EU-Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben.

"Wir stehen an einer Weggabelung. Deswegen sind alle Mitgliedstaaten, die ratifiziert haben, aufgerufen, sich voll zu den Vertragsinhalten und den gemeinsamen Zielen zu bekennen und an ihnen festzuhalten," fordert der Europaabgeordnete. Einen "Minivertrag" als kleinsten gemeinsamen Nenner des Lissabonner Reformvertrages dürfe es nicht geben. Die Staaten, die eine weitere Vertiefung der EU nicht wünschen, sollten für sich die Konsequenzen ziehen. So biete der europäische Wirtschaftsraum (EWR) z.B. in Kooperation mit Norwegen, Island und der Schweiz interessante Möglichkeiten der Binnenmarktsintegration für alle, die der politischen Vertiefung der EU im Wege stehen. "Wir haben nicht viel Zeit, Europa für die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen," so Böge abschließend. "Dieses gemeinsame Interesse von knapp 500 Millionen europäischen Bürgern darf nicht auf der Strecke bleiben!"

Terminauswahl:

29.08.2008	Rindermastbereitung im Kreis Nordfriesland, Abschlussveranstaltung in Stedesand
29.08.2008	Sommerfest CDU Flensburg
02.09.2008	Treffen mit dem Premierminister Georgiens Lado Gurgenidse, Brüssel
04.09.2008	Treffen mit Graf von Schwerin, Vizepräsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses, Brüssel
10.09.2008	Treffen mit der EU-Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner, Brüssel
10.-11.09.2008	Leitung des Haushaltsausschusses, Brüssel
10.09.2008/7	Anhörung im Entwicklungsausschuss zur Preisentwicklung bei Lebensmitteln, Brüssel
10.09.2008	Treffen mit Vertretern von Weltbank, FAO und des Welternährungsprogramms (WFP), Brüssel
12.09.2008	Eröffnungsveranstaltung der 10. Holsteiner Apfeltage, Haseldorf
14.09.2008	CDU-Neumitgliedertreffen, Aukrug
14.09.2008	CDU-Herbstspektakel, Wildpark Eekholt, Eekholt
15.09.2008	Gespräch mit Leiterin der LAWI-Kammern Karin Ellermann-Kügler, Brüssel
15.09.2008	Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter (ADT), Brüssel
16.09.2008	Deutsche Reiterliche Vereinigung, Brüssel
16.09.2008	Treffen mit Antonio Gutierres, Repräsentant der UNHCR, Brüssel
18.09.2008	ARD live Sendung zu Nahrungsmittelhilfen in Europa, Brüssel
18.09.2008	Veranstaltung der Europa Union, Wofür gibt die EU unser Geld aus?, Kiel
19.-20.09.2008	Europakongress mit dem Vizepräsidenten der Kommission Jaques Barrot: Der Zustand der Europäischen Union nach dem Nein der Iren - Warum braucht die EU den Reformvertrag von Lissabon?, Norderstedt
23.09.2008	Gespräch mit offizieller Besuchergruppe aus Schleswig-Holstein, Straßburg
30.09.- 02.10.2008	Vorbereitungen der Abstimmungen im Haushaltsausschusses, Brüssel
06.10.- 08.10.2008	Abstimmungen im Haushaltsausschuss zum Haushalt 2009, Brüssel

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email:reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>